

(Ministerpräsident Dr. Gradnauer.)

(A) unserer Zeit hervor. Es handelt sich, wie Sie aus der Ihnen übermittelten Denkschrift gesehen haben, um eine umfassende Verstärkung der Staatspolizei. Es soll eine Hilfspolizei für den öffentlichen Sicherheitsdienst errichtet werden, die als Ergänzung zur Seite tritt der bisherigen staatlichen Gendarmerie und den Polizeiorganisationen der Gemeinden. Die Durchführung, meine Herren, dieser beabsichtigten Maßnahmen von der Einstellung des notwendigen Personals an bis zur vollständigen Verwendungsfähigkeit dieser Organisation wird eine nicht geringe Zeit in Anspruch nehmen. Da die Angelegenheit aber außerordentlich dringlich ist, so ist es unumgänglich, die Vorbereitungen dafür ohne jeden Verzug zu treffen. Aus diesem Grunde bittet die Regierung zunächst lediglich um Ihre prinzipielle Zustimmung zu diesem Plane. Alle Einzelheiten werden in einem binnen kurzer Frist Ihnen zugehenden Nachtragsetat des näheren nachgewiesen und angefordert werden. Heute bittet, wie gesagt, die Regierung lediglich darum, daß die prinzipielle Zustimmung der Volkstammer ausgesprochen werden möge.

Meine Herren! Die Regierung ist sich vollständig bewußt, daß es bei der höchst gespannten Finanzlage unseres Landes eine harte Zumutung ist, wenn so hohe Beträge, wie sie hier in Frage kommen, ein Berechnungsgeld von 10 Millionen Mark für die Zeit bis Ende März nächsten Jahres angefordert werden. Unsere finanziellen Besorgnisse werden wohl dadurch gemindert, daß das Reich bei den unverbindlichen Vorbesprechungen, die in dieser Angelegenheit stattgefunden haben, Zusprüche zugesagt hat. Aber wenn diese Bedenken auch dadurch erleichtert werden, so bleiben sie doch in voller Schwere bestehen. Und dennoch, meine geehrten Herren, wie schwer auch die Finanzlage unseres Landes ist, so stehen wir doch einer Zwangslage gegenüber. Wir bedauern es außerordentlich, daß wir in der Lage sind, eine solche Einrichtung, wie sie hier vorgeschlagen wird, treffen zu müssen. Aber die Tatsachen, die vor uns stehen, sind so stark und so hart, daß wir an ihnen nicht vorbeikommen können, daß wir eine derartige Organisation durchzuführen unbedingt die Notwendigkeit haben.

Wie Ihnen bekannt, wird der Friedensvertrag den Abbau unserer Reichstruppen bis auf ein Minimum herbeiführen. Vom 1. April 1920 ab soll die Reichswehr für ganz Deutschland nur noch 100 000 Mann betragen. Was wird da für eine geringe militärische Macht auf unseren Freistaat Sachsen kommen! Sachsen wird mit der preußischen Provinz Sachsen und mit Teilen Thüringens zusammen einen Reichswehrkreis bilden. Dieser große dichtbevölkerte Wehrkreis wird eine einzige Division erhalten, so daß für den Freistaat Sachsen wohl

kaum mehr als in allem 7000 Mann Truppenstärke verbleiben werden. (C)

Nun kann aber nicht gesagt werden, daß unsere inneren Verhältnisse in Sachsen so beschaffen wären, daß wir des Glaubens leben könnten, mit einer so geringen Macht die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf die Dauer gewährleisten zu können. Sie erinnern sich, daß wir mehrfach in der nicht sehr angenehmen Lage gewesen sind, von außerhalb Sachsens Unterstützung annehmen zu müssen. Eine solche Unterstützung von außen her zu bekommen, wenn sich irgendwie ähnliche Vorgänge, wie wir sie erlebt haben, in Zukunft wiederholen sollten, würden wir nicht mehr die Aussicht haben. Wir werden allein auf uns selbst gestellt bleiben.

Meine Herren! Die Regierung würde gern, sehr gern auf jedes derartige Machtmittel, wie es jetzt vorgeschlagen wird, Verzicht leisten. Aber ein solcher Verzicht ist nur möglich und nur denkbar, wenn wir in völlig geordneten Staats- und Rechtsverhältnissen leben würden, wenn in allen Kreisen der Bevölkerung die Achtung vor Gesetz und Recht in vollem Umfange bestünde.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Leider sind wir gegenwärtig von diesem Ideal, das wir erstreben, noch sehr weit entfernt.

(Sehr richtig!)

(D)

Vielmehr sehen wir, daß geradezu entsetzliche Entartungserscheinungen in der Bevölkerung Platz gegriffen haben und daß die Kriminalität im letzten Jahre in ungeheurem Maße gewachsen ist. Gerade auch die schweren Vergehen und Verbrechen haben in erschreckender Weise zugenommen. Auf der einen Seite Plünderungen und Diebstähle, auf der anderen Seite ein gewissenloses, schamloses Schieber- und Wuchertum; das alles greift an die Wurzel unserer Volkswirtschaft und Volkskraft. Und was noch entsetzlicher ist, der brutale Mord in seinen bestialischsten Formen geht durch unser Land. Ich habe hier einige Biffen, die mir das Justizministerium übermittelt hat. Bei den Staatsanwaltschaften Sachsens sind in der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 30. September desselben Jahres 69 035 Sachen gezählt worden. Auf den gleichen Zeitraum dieses Jahres aber kommen nicht weniger als 93 450 Sachen. Die Gesamtzahl für das Jahr 1919 wird vom Justizministerium auf nicht weniger als 124 600 angenommen. Damit vergleiche man die Gesamtziffer der bei den Staatsanwaltschaften anhängigen Sachen vom Jahre 1913! Damals waren es 46 253. Also ein ungeheures Anschwellen der Kriminalität! Und dann betrachten Sie die furchtbare Erscheinung der zunehmenden